

binden und den Vorteil in fortgesetzter Vereinsamung zu suchen, kann niemand ernstlich wählen. Hieße das doch in der Tat, daß Deutschland sich die schlimmste Fessel des Friedensvertrages, die Abschließung von der übrigen Welt, selbst noch einmal am festesten anlegte. Wir haben wahrlich unter dieser Absperrung moralisch, politisch und wirtschaftlich furchtbar genug gelitten, um darüber einig zu sein, daß jeder künftige Weg deutscher Politik vor allem in die Freiheit führen muß — eine Freiheit allerdings, die nur freiwillige Gemeinschaft mit anderen sein kann.

Gerade das wird uns freilich von vielen Gegnern des Völkerbundeintritts bestritten. Für sie ist die unversehrte Souveränität das höchste Gut eines Staates; schrankenlose Selbstbestimmung scheint ihnen nicht nur möglich, sondern sogar nötig — vom Nützlichkeits- ebenso wie vom Ehrenstandpunkt. Daß sie sich irren, zeigt sich schon darin, wie sehr sie dabei eben auf den Anschluß an Rußland rechnen. Im juristischen Sinn beeinträchtigt ein Bündnis natürlich die Staatshoheit nicht; aber soweit darin nicht nur Begriffsspielerei liegt, sondern praktisch die reine Selbstsucht zum Maßstab staatlichen Tuns gemacht wird, ist auch jedes Bündnis ein Verzicht auf Freiheit. Über die innere Folge einer äußeren Bindung an Rußland machen sich wohl nur die Kommunisten klare Vorstellungen; die meisten anderen glauben, die Rußlandfreundschaft könne da aufhören, wo sie anfängt unbequem zu werden, und man könne zwar politisch mit dem Osten, aber im übrigen mit dem Westen gehen, — worauf ja schließlich doch niemand verzichten will, da wir nicht erst seit dem Versailler Frieden wesentlich westlich gebunden sind.

Es ist eben in der Politik ähnlich wie in der Zwangswirtschaft: Der eigentliche Zwang ist immer ein vorhandener Mangel, und die Vorschriften sollen nur verhindern, daß er vergrößert oder ungerecht umgangen wird. Da heute die Möglichkeit ungebundenen Sonderdaseins für keinen Staat mehr besteht,

bleibt im Mangel an Möglichkeiten nur geringe Auswahl. Aber selbst wenn Deutschland sich politisch absondern könnte, wirtschaftlich fehlen ihm dazu einfach die Mittel. Auf absehbare Zeit ist es nicht in der Lage, sich in diesem Sinne ein Eigenheim zu leisten. Rußland hat ihm keine Wohnung zu bieten; in der besonderen Gemeinschaft der Sowjetrepubliken ist für das demokratische Deutschland kein Raum. Angewiesen auf Unterkunft, sucht es sich also seinen Platz im Völkerbund. Mag der eine häßliche Mietskaserne sein — er bietet seinen Mitgliedern doch ein Dach überm Kopf und versichert sie gegen allerlei Schäden. So banal das klingt: die heroischen Vergleiche sind weniger richtig. Die Politik der politischen Wohnungslosigkeit ist schön in der Theorie; praktisch mag sie bei gutem Wetter noch angehen; aber wenn man sich, wie man immer soll, auf schlechte Zeiten einstellt, kommt man damit nicht aus. Denn dann verliert der freie Himmel seine poetische Herrlichkeit. Zerstörtes Hab und Gut, zersplitterte Kräfte kann keine gerettete Romantik ersetzen.

An diesem Vergleich gleitet auch ein anderer Einwand ab, der ernsthaft und innerlich erhoben wird: daß es nämlich eine Schande für Deutschland sei, in den Völkerbund einzutreten, nachdem es jahrelang von dessen Hauptmitgliedern schlecht behandelt worden sei. Ja, wenn wir es uns aussuchen könnten. Aber gerade die Realpolitiker muß man an die Realität des Vorteils erinnern. In diesem Viel-Parteien-Haus Völkerbund hatten wir bisher eine Kellerwohnung ohne Rechte, aber mit allerlei Pflichten. Jetzt fordert man uns auf, in die Beletage zu ziehen. Sollen wir uns sträuben, nur weil es uns nicht paßt, daß der Mieterrat, dessen Mitglied wir sind, dem einzelnen mancherlei Vorschriften macht? Oder weil uns der falsche Stuck an der Fassade, allerlei technische Mängel der Einrichtung nicht gefallen? Man male sich ruhig den Vergleich in Gedanken weiter aus, als es schriftlich gut ist. Gerade das nüch-